

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1254/2019

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Antrag auf Zuwendung für das Haushaltsjahr 2019 für den Verein Baobab - Zusammenleben e.V. für das Projekt: „Mouharaba“ aus Mitteln des Integrationsfonds

Antrag,

eine Zuwendung in Höhe von bis zu

8.000,- Euro

aus dem Ergebnishaushalt 2019, Teilhaushalt 50, Produkt 11137, aus Mitteln des Integrationsfonds für den Verein Baobab - Zusammenleben e.V. zur Durchführung eines Projekts zur Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung mit dem Titel „Mouharaba“ zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Dieses Projekt wendet sich in seiner beratenden Komponente vorrangig an weibliche Personen, in seiner aufklärerischen Komponente jedoch adressiert das Projekt die gesamte Stadtbevölkerung ohne Unterschiede des Geschlechts.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme	Bezeichnung	
Einzahlungen	Auszahlungen	
	Saldo Investitionstätigkeit	0,00

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migation Integration

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	
	Transferaufwendungen	8.000,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	-8.000,00

Begründung des Antrages

Der gemeinnützige Verein „Baobab – Zusammenleben e.V.“ existiert seit 2015 und hat seinen Sitz am Georgswall 3. Ursprünglich als reines Projekt zur HIV/AIDS-Prävention innerhalb der afrikanischen Communities gestartet, versteht sich Baobab – Zusammensein mittlerweile als ein niedersachsenweites Netzwerk für Gesundheit und Teilhabe afrikanischer Migrant*innen. Seine Haupttätigkeit besteht in der Betreuung und Beratung von HIV/AIDS-betroffenen Migrant*innen sowie der Sensibilisierung für übertragbare Krankheiten im Sinne der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege. Darüber hinaus besteht der Vereinszweck zudem in der Förderung der Völkerverständigung und der kulturellen Vielfalt in der deutschen Gesellschaft. Seit 2017 erhält der Verein auch städtische Zuwendungen für verschiedene Projekte. Das vorliegende Projekt hat sich aus dem Schwerpunkt Gesundheitsfürsorge entwickelt und widmet sich dem Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation leben weltweit mehr als 150 Millionen Frauen und Mädchen, deren Genitalien verstümmelt wurden. Jedes Jahr werden erneut etwa drei Millionen Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung (FGM = „female genital mutilation“). Genitalverstümmelung wird in vielen afrikanischen Ländern praktiziert, aber auch auf der arabischen Halbinsel und in Teilen Asiens. Früher wurden diese Praktiken oft verharmlosend als „Beschneidung“ bezeichnet. Der grausame Eingriff führt jedoch zu schwersten gesundheitlichen Beeinträchtigungen, lebenslangen Folgeschäden und oft auch zu Tod der betroffenen Frauen. Genitale Verstümmelung zählt zu den Menschenrechtsverletzungen an Frauen.

Das Projekt Mouharaba soll den Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung (FGM) in Hannover verstärken. Mit dem Projekt sollen Betroffene aus Hannover in einer offenen Anlaufstelle die Möglichkeit zur Verarbeitung des erlittenen Leids erhalten. Mittels des Ansatzes „von Afrikanerinnen für Afrikanerinnen“ werden die Beratungssuchenden in ihren eigenen Ressourcen bestärkt. Weiterhin soll niedrigschwellige Aufklärungsarbeit in der afrikanischen Community geleistet werden. Darüber hinaus sollen interne wie externe Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden. Das heißt, dass zum einen intern die Berater*innen ihre vorhandenen Kenntnisse weiter vertiefen und dass zum anderen dieses Wissen extern öffentlichen Einrichtungen sowie Familien- und Frauenberatungsstellen

angeboten wird, um deren Mitarbeiter*innen für das Thema FGM zu sensibilisieren, damit sie Fälle von FGM erkennen bzw. angemessen darauf reagieren können. Eine fachliche Zusammenarbeit mit der AWO Hannover besteht bereits.

Die Verwaltung befürwortet den Antrag, eine Zuwendung aus Mitteln des Integrationsfonds zu bewilligen, da bislang keine vergleichbar niedrigschwellige Angebote zum Thema FGM in Hannover existieren.

50
Hannover / 06.05.2019